



19/SN-290/ME

Amt der Tiroler Landesregierung

Präs. Abt. II/EG-Referat-285/110

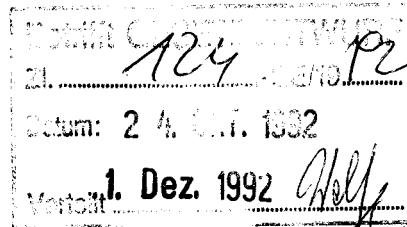
A-6010 Innsbruck, am 3. November 1992

Tel. 0512/508. Durchwahl Klappe
FAX 0512/508595

151

Sachbearbeiter

Dr. Biechl

An das
Bundesministerium für
Arbeit und SozialesBitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.Stubenring 1
1010 WienBetreff: Entwurf eines Beschäftigungssicherungsgesetzes;
Stellungnahme

Zu Zahl 34.401/6-3a/92 vom 8. Oktober 1992

Gegen den übersandten Entwurf eines Beschäftigungssicherungsgesetzes wird aus der Sicht der von der Landesregierung zu wahren Interessen kein Einwand erhoben. Es erscheint allerdings fraglich, ob die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen tatsächlich ausreichen, um das Problem der stetig steigenden Anzahl von älteren Arbeitslosen lösen und insbesondere die Wiederbeschäftigung dieser Arbeitslosen herbeiführen zu können.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25. Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

an das Büro des Föderalismusministers

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

